

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Julia Klöckner, Ursula Heinen, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Gerda Hasselfeldt, Albert Deß, Gerlinde Kaupa, Maria Eichhorn, Peter Bleser, Gitta Connemann, Helmut Heiderich, Uda Carmen Freia Heller, Dr. Peter Jahr, Marlene Mortler, Bernhard Schulte-Drüggelte, Kurt Segner, Jochen Borchert, Cajus Caesar, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Susanne Jaffke, Laurenz Meyer (Hamm), Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Dr. Klaus Rose, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Max Straubinger, Volkmar Uwe Vogel, Monika Brüning und der Fraktion der CDU/CSU

Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen

Übergewicht ist die häufigste ernährungsmitbedingte Gesundheitsstörung bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Jedes 5. Kind und jeder 3. Jugendliche sind übergewichtig. Steigendes Risiko für Krankheiten, wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, und psychosoziale Probleme bei vielen betroffenen Kindern und Jugendlichen sind die Folgen. Von den Übergewichtigen leiden 300 Millionen sogar an Fettleibigkeit. Übergewicht begünstigt die Entstehung lebensgefährlicher Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Beschwerden und Diabetes, die jährlich Millionen von Menschen das Leben kosten.

Allerdings – soviel ist heute aus wissenschaftlichen Studien bekannt – ist Übergewicht multikausal bedingt: Übergewicht ist nicht nur eine Folge von Fehlernährung, sondern gleichfalls von Bewegungsmangel. Falsche Ernährung, Bewegungsmangel und fehlende Stressbewältigung äußern sich bei vielen Jugendlichen heute in Gesundheitsstörungen. Diese Störungen stellen die Weichen für ernsthafte Erkrankungen im Erwachsenenalter. Eine effektive Verhaltensbeeinflussung bei Kindern und Jugendlichen kann daher dazu beitragen, schwierige Umlernprozesse im Erwachsenenalter zu vermeiden. Das soziale Umfeld der heranwachsenden Kinder spielt hierbei eine bedeutende Rolle, ebenso das erzieherische Engagement der Eltern.

Neue Studien bestätigen, dass Ernährungsprobleme häufig auch soziale Probleme sind. Insofern erweist sich das Problem der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verstärkt als gesellschaftliches Phänomen. Die Verantwortung für eine gesunde und ausgewogene Ernährung übernehmen in erster Linie die Eltern. Darüber hinaus ist es immer wichtiger, in Kindergärten und Schulen eine verbesserte Ernährungserziehung, gesündere Verpflegung und mehr Bewegung sicherzustellen. Grundkenntnisse über Lebensmittel und ihre Zubereitung sind Kulturtechniken, die jedes Kind beherrschen sollte.

Da in Deutschland 11 Millionen Schüler allgemein bildende Schulen und 2,5 Millionen Jugendliche Berufsschulen besuchen, ist die Schule neben dem häuslichen Bereich ein zentrales Interventionsfeld für präventive Maßnahmen. Hier

können Heranwachsende aus allen Schichten über einen Zeitraum von 12 bis 13 Jahren erreicht werden.

Aus diesem Grund haben sich im Bereich der Schulen bereits breitenwirksame Informations- und Präventionsangebote etabliert. Auf Bundesebene wurde die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eingerichtet, die bundesweite Aufklärungskampagnen durchführen und die Effektivität und Effizienz gesundheitlicher Aufklärung durch Qualitätssicherungsmaßnahmen verstärken soll.

Nicht nur die persönlichen Belastungen der Übergewichtigen, sondern auch die gesellschaftlichen Folgekosten von Übergewicht sind enorm. Bis zu einem Drittel der Gesamtkosten des Gesundheitswesens, so Schätzungen von Ernährungswissenschaftlern, würden durch ernährungsmitbedingte Krankheiten verursacht (genauere Zahlen hierzu können dem Ernährungsbericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entnommen werden).

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) und der Deutsche Sportbund (DSB) haben im Frühjahr des vergangenen Jahres angekündigt, bei der Bekämpfung der Ursachen für Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen künftig stärker zusammenarbeiten zu wollen. Bei Gesprächen der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, mit dem DSB-Präsidenten Manfred von Richthofen im April 2003 kündigte Bundesministerin Renate Künast an, dass das Thema „Kinder und Ernährung“ ein Arbeitsschwerpunkt und Gegenstand einer mehrjährigen Kampagne des BMVEL sei.

Nach Zeitungsberichten plant das BMVEL nun die Einrichtung eines Fonds für übergewichtige Kinder. Die konkrete Ausgestaltung dieses Fonds und dessen finanzielle Speisung ist bislang ebenso unbekannt, wie die geplanten Initiativen und Projekte, die aus den Mitteln dieses Fonds bestritten werden sollen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist die Zahl der sowohl übergewichtigen als auch adipösen Kinder und Jugendlichen in Deutschland, und wie haben sich diese Zahlen in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt?
2. Wie hoch ist die Zahl der übergewichtigen respektive adipösen Kinder und Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern?
3. Wie lassen sich diese Zahlen angesichts unterschiedlicher Referenzmasse und Messmethoden interpretieren, was unternimmt die Bundesregierung, um die Erhebungen künftig zu standardisieren?
4. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die möglichen durch Übergewicht und Adipositas entstehenden Folgekosten für das Gesundheitswesen; wie hat sich dieser Anteil in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt und welche Prognose für dessen Entwicklung in den kommenden zwei Jahrzehnten gibt die Bundesregierung ab?
5. Worin sieht die Bundesregierung die wesentlichen Gründe für das Übergewicht und welches integrierte Gesamtkonzept, welchen Lösungsansatz, verfolgt sie, um dem multikausalen Problem entgegenzuwirken?
6. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung die wesentlichen Ansatzpunkte für eine Bekämpfung von Übergewicht und wie will sie dabei vorgehen?
7. Welche Rolle spielt hierbei die Aufklärung der Eltern?

8. Welche Maßnahmen einschließlich Aufklärungsmaßnahmen zur Förderung von gesunder Ernährung und von ausreichender Bewegung werden derzeit seitens der Bundesregierung betrieben, und welche konkreten Maßnahmen sind geplant?
9. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Initiativen auf Länderebene und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, einschließlich der Wissenschaft zur Verbesserung des Ernährungswissens und zur Verbesserung der körperlichen Fitness, vor?
10. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Initiativen davon erfolgreich oder Erfolg versprechend sind, und was unternimmt sie, diese Lösungsansätze bekannt zu machen und zu verbreiten?
11. Aus welchen Mitteln und in welcher Höhe finanziert die Bundesregierung die derzeit laufenden Kampagnen und welche konkrete Finanzierung sieht die Bundesregierung für die geplanten Maßnahmen vor?
12. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die von ihr ausgegebenen Mittel effizient eingesetzt werden; wie werden die Maßnahmen wissenschaftlich begleitet und auf ihre nachhaltige Wirkung hin evaluiert?
13. Wie versucht die Bundesregierung die besonders von Übergewicht und Adipositas betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, bzw. welche der durchgeführten oder in Planung befindlichen Maßnahmen stellen gezielt darauf ab?
14. Wie hoch sind die derzeitigen Ausgaben der Lebensmittelwirtschaft für Ernährungsinformationen, und welche Ausgabenhöhe hält die Bundesregierung für angemessen?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass besonders in CDU/CSU-geführten Bundesländern, etwa in Bayern oder Baden-Württemberg, in Schulprojekten intensiv über Ernährungskunde gelehrt wird?
16. Beabsichtigt die Bundesregierung auf die Länder einzuwirken, um eine in den Lehrplänen verankerte Integration des Themas der gesunden Ernährung und ausreichender Bewegung, das heißt die Vermittlung eines gesunden Lebensstils, bei Kindern und Jugendlichen an Schulen zu erreichen?
17. Sieht die Bundesregierung ein Programm zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in den neu einzurichtenden rund 10 000 Ganztagschulen vor, und wie sieht die konkrete Umsetzung eines solchen Programms aus?
18. Welche Rolle spielt bislang die BZgA und mit welchen Mitteln wird diese Einrichtung seitens der Bundesregierung alljährlich unterstützt?
Gibt es eine Erfolgskontrolle für die Arbeit der BZgA?
19. Hält die Bundesregierung die derzeit angelegten Maßnahmen im Bereich der Kindergartenerziehung für ausreichend und welche zusätzlichen Publikationen sieht die Bundesregierung neben dem bereits bestehenden Band der BZgA „Bewegungsförderung im Kindergarten“ vor?
20. Mit welchen zusätzlichen Publikationen beabsichtigt die Bundesregierung die Gesundheitserziehung in der Schule zu fördern und welchen Erfolg verzeichnet die bereits bestehende Reihe der BZgA „Schulische Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung“?
21. Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um die existierenden Unterrichtsmaterialien zur Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung in der Schule publik zu machen und deren Nutzen zu maximieren?

22. Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die die Bundesregierung für das Projekt Karawane 2000 der BZgA zur Verfügung stellt?
23. Wie viele Anrufer werden täglich bei dem von der BZgA eingerichteten Infotelefon registriert?
24. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Informationsangebote der BZgA, insbesondere das Infotelefon, besser bekannt zu machen?
25. Welchen messbaren Erfolg hat die von der BZgA initiierte Wanderausstellung „Gut Drauf“ vorzuweisen und plant die Bundesregierung weitere Veranstaltungen dieser Art?
26. Welche finanzielle Unterstützung sieht die Bundesregierung vor, um neben den bereits bestehenden Programmen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, namentlich dem Kinderkanal von ARD und ZDF, neue TV-Formate für die Gesundheitsförderung zu etablieren?
27. Plant die Bundesregierung, das Budget für die Publikationen der BZgA zu erhöhen, und wenn ja, um welchen Betrag?
28. Sieht die Bundesregierung begleitende Pilotprojekte vor, mittels derer die Länder in der Gestaltung ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden können?
29. Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Bildung eines Fonds aus Mitteln der lebensmittelherstellenden Industrie?
30. Wie beabsichtigt die Bundesregierung die Sicherstellung einer gezielten Verwendung der durch einen Fonds gewonnenen Mittel allein zur Aufklärung über gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen?
31. Welche Rolle übernimmt nach den Planungen der Bundesregierung das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) und wie stimmen sich das BMGS und das BMVEL untereinander ab?
32. Welche Koordination sieht die Bundesregierung für die Aktionen „Gesund aufwachsen: Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung“ der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und Gestaltung e. V. und des BMGS sowie der Aktion „Kinderleicht“ des BMVEL vor?
33. Welche finanziellen und personellen Mittel stellt die Bundesregierung im BMGS für die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung und wie hoch ist der Anteil dieser Mittel, der in die Aufklärung über gesundheitsbewusste Ernährung bzw. die Förderung von Bewegung bei Kindern und Jugendlichen fließt?
34. Welchen Forschungsbedarf sieht die Bundesregierung zu den das Thema Übergewicht begleitenden Faktoren?
35. Inwieweit leistet auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Beitrag durch entsprechende Forschungsförderung?
36. Findet eine entsprechende Abstimmung hinsichtlich des Programms „Futur“, „Vitale Menschen, Märkte und Kulturen durch Ernährung“ und anderer Projekte des BMBF statt?
37. Welche Zusammenarbeit gibt es zwischen dem BMGS und dem Deutschen Sportbund?
38. Welche Maßnahmen zur Koordinierung zwischen allen mit der Thematik befassten Ministerien stellt die Bundesregierung in Aussicht?
39. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Herstellung, den Vertrieb oder die Bewerbung bestimmter Süßigkeiten zu beschränken?

40. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine Zuckerreduzierung in Lebensmitteln eine ausreichende Maßnahme zur Bekämpfung der Übergewichtigkeit bei Kindern und Jugendlichen darstellt?
41. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Bewerbung und der Vertrieb von Süßigkeiten und besonders zucker- oder fetthaltigen Lebensmitteln in Großpackungen einen Einfluss auf das Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen hat, und wenn ja, plant die Bundesregierung das Angebot derartiger Großpackungen gesetzlich zu beschränken?
42. Ist es nach der gegenwärtigen Gesetzeslage erlaubt, z. B. bei Fast-Food den Nahrungsmitteln Stoffe zuzusetzen, die bewirken, dass das Hungergefühl schneller als üblich wiederkommt?
Wenn ja, wie ist die Position der Bundesregierung hierzu?
43. Hat die Bundesregierung ein integriertes Konzept, das unter Einbeziehung aller Faktoren gegen die Ursachen der Übergewichtigkeit bei Kindern und Jugendlichen vorgeht, und wie sieht dieses Konzept aus?
44. Wie weit sind die Vorbereitungen des BMVEL für eine neue nationale Verzehrsstudie und wie sieht der Zeitplan aus?
45. Welche Einrichtungen, Organisationen und Experten sind vom BMVEL für das Konzept bisher konsultiert worden; was soll gegenüber den bisherigen Studien verbessert werden?
46. Welche Vorsorgemaßnahmen sieht das derzeitige Gesundheitssystem vor, um Übergewichtigkeit bei Kindern in einem frühen Stadium zu diagnostizieren?
47. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung in den vergangenen 12 Monaten unternommen, um die seinerzeit angekündigte Zusammenarbeit von Kindern, Eltern, Schulen, Kindertagesstätten, Ärztinnen und Ärzten, Krankenkassen, Multiplikatoren im Gesundheitswesen, Sportvereinen, Wissenschaft, Ernährungswirtschaft, Lebensmittelhandel, Medien und Politik zu fördern?
48. Welche Ergebnisse kann die Bundesregierung vorweisen, die aus der Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Matthias Berninger, in die USA zum Thema der gesundheitsbewussten Ernährung von Kindern und Jugendlichen gewonnen wurden?
49. Wie bewertet die Bundesregierung Untersuchungen durch die Weltgesundheitsorganisation, dass in Amerika und Kanada die Investition von 1 US-Dollar in Prävention durch Sport Einsparungen im Gesundheitswesen von 3,2 US-Dollar erbringt, und hält es die Bundesregierung angesichts zunehmender Übergewichtigkeit auch aufgrund von Bewegungsmangel für geboten, den im § 20 Abs. 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) vorgesehenen Betrag von 2,56 Euro zu erhöhen?

Berlin, den 9. März 2004

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

